

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Erster Teil: Einführung und Grundlegung	25
Erstes Kapitel: Einführung	25
A. Einführung	25
B. Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht und das „neue Restrukturierungsrecht“	26
C. Gang der Untersuchung	30
Zweites Kapitel: Grundlegung	32
A. <i>Principal-Agent-Theory</i> als ökonomischer Ausgangspunkt	32
B. Interessengefüge – Interessenkongruenz und Interessendivergenz	33
I. Interessenkongruenz	34
II. Interessendivergenz	35
C. Reaktion des Gesellschaftsrechts auf die Verwaltung fremden Vermögens	37
D. Ökonomische Bestimmung oder gesetzgeberische Definition?	37
Drittes Kapitel: Gesellschaftsrechtlicher Ausgangspunkt im deutschen Recht	38
A. Pflichtenbindung der Geschäftsleitung im gewöhnlichen Geschäftsgang	39
I. Meinungsstand	40
1. <i>Shareholder Value</i> -Ansatz	40
2. <i>Stakeholder Value</i> -Ansatz	42
3. Moderater <i>Shareholder Value</i> -Ansatz	43
II. Stellungnahme	44
1. Grundsatz der Pflichtenbindung	44
a. Gesellschaftszweck als Richtschnur des Geschäftsleiterhandelns	44
b. Maßgeblichkeit des Interesses der Gesellschafter	45

2. Keine abweichende Wertung für das Recht der GmbH	46
a. Fortgeltung des § 70 Abs. 1 AktG 1937	47
b. MitbestG 1976	48
c. Bedeutung von Gläubigerschutzvorschriften	50
d. Sozialpflichtigkeit des Eigentums	51
3. Gesetzgeberische Enthaltensamkeit und Folgen für die Berücksichtigung von Gläubigerinteressen	51
4. Abschließende Erwägungen	52
B. Keine Modifikation der gesellschaftsrechtlichen Pflichtenbindung in der vorinsolvenzlichen Krise	55
I. Meinungsstand in der Literatur	55
II. Positionierung der Rechtsprechung	58
III. Stellungnahme und Fazit	61
 Zweiter Teil: Zur Neujustierung des gesellschaftsrechtlichen Binnenverhältnisses	 63
 Erstes Kapitel: Die Pflichtenausrichtung der Geschäftsleitung nach dem StaRUG	 63
A. Überblick über die Änderungen während des Gesetzgebungsverfahrens	65
B. Ausrichtung des Geschäftsleiterhandelns nach § 43 Abs. 1 S. 1 StaRUG	66
I. Eigene Pflicht der Geschäftsleitung	66
II. Anwendungsbereich	67
1. Beschränkung auf das rechtshängige Restrukturierungsverfahren	67
2. Keine Beschränkung auf die Inanspruchnahme von Restrukturierungsinstrumenten	69
a. Begriff der Restrukturierungssache	69
b. Maßgeblichkeit des Restrukturierungsziels	70
c. Gegenstand des Restrukturierungsziels	70
d. Konformität des Ergebnisses mit der gesetzgeberischen Zielsetzung	72
3. Rücknahme der Restrukturierungsanzeige	74
4. Ergebnis	75

III. Inhalt der Pflicht zur Wahrung des „Interesses der Gläubigergesamtheit“	75
1. Begriff des „Interesses der Gläubigergesamtheit“	76
a. Heterogenität der Individualinteressen	76
b. Folgen für das Begriffsverständnis eines „Interesses der Gesamtheit“	78
aa. „Interesse der Gläubigergesamtheit“ im Insolvenzrecht	79
bb. Keine Übertragbarkeit auf das StaRUG	80
cc. Eigenständige Begriffsbestimmung für das Restrukturierungsrecht	82
2. <i>Shift of fiduciary Duties?</i>	84
a. Wortlaut	84
aa. Keine Erwähnung der Interessen der Gesellschafter	84
bb. „Wahrung“ der Interessen der Gläubigergesamtheit	84
b. Gesetzgeberische Erwägungen	86
aa. Kein Vorrang der Interessen der Gläubigergesamtheit	86
bb. Gesetzgeberische Zielvorstellung und ihre Bedeutung	87
(1) Grundsätzlich gleichgerichtete Interessen	88
(2) Interessenkonflikt in der Krise	88
(3) Bedeutung	89
cc. Herleitung des abstrakten Rangverhältnisses	90
dd. Kein stetiger Übergang des Pflichtenmaßstabs	91
3. Zusammenfassung	92
IV. Bewertung von Geschäftsleitungsentscheidungen während des rechtshängigen Restrukturierungsverfahrens	92
1. Inanspruchnahme von Restrukturierungsinstrumenten	93
2. Beurteilung von unternehmerischen Entscheidungen	94
a. Entscheidungen unter Sicherheit	94
b. Entscheidungen unter Unsicherheit	95
aa. Fallbeispiele	97
bb. Herleitung einer Modifikation der Erwartungswertberechnung	103
V. Haftung	106

Inhaltsverzeichnis

2. Keine abweichende Wertung für das Recht der GmbH	46
a. Fortgeltung des § 70 Abs. 1 AktG 1937	47
b. MitbestG 1976	48
c. Bedeutung von Gläubigerschutzvorschriften	50
d. Sozialpflichtigkeit des Eigentums	51
3. Gesetzgeberische Enthaltensamkeit und Folgen für die Berücksichtigung von Gläubigerinteressen	51
4. Abschließende Erwägungen	52
B. Keine Modifikation der gesellschaftsrechtlichen Pflichtenbindung in der vorinsolvenzlichen Krise	55
I. Meinungsstand in der Literatur	55
II. Positionierung der Rechtsprechung	58
III. Stellungnahme und Fazit	61
 Zweiter Teil: Zur Neujustierung des gesellschaftsrechtlichen Binnenverhältnisses	 63
 Erstes Kapitel: Die Pflichtenausrichtung der Geschäftsleitung nach dem StaRUG	 63
A. Überblick über die Änderungen während des Gesetzgebungsverfahrens	65
B. Ausrichtung des Geschäftsleiterhandelns nach § 43 Abs. 1 S. 1 StaRUG	66
I. Eigene Pflicht der Geschäftsleitung	66
II. Anwendungsbereich	67
1. Beschränkung auf das rechtshängige Restrukturierungsverfahren	67
2. Keine Beschränkung auf die Inanspruchnahme von Restrukturierungsinstrumenten	69
a. Begriff der Restrukturierungssache	69
b. Maßgeblichkeit des Restrukturierungsziels	70
c. Gegenstand des Restrukturierungsziels	70
d. Konformität des Ergebnisses mit der gesetzgeberischen Zielsetzung	72
3. Rücknahme der Restrukturierungsanzeige	74
4. Ergebnis	75

III. Inhalt der Pflicht zur Wahrung des „Interesses der Gläubigergesamtheit“	75
1. Begriff des „Interesses der Gläubigergesamtheit“	76
a. Heterogenität der Individualinteressen	76
b. Folgen für das Begriffsverständnis eines „Interesses der Gesamtheit“	78
aa. „Interesse der Gläubigergesamtheit“ im Insolvenzrecht	79
bb. Keine Übertragbarkeit auf das StaRUG	80
cc. Eigenständige Begriffsbestimmung für das Restrukturierungsrecht	82
2. <i>Shift of fiduciary Duties?</i>	84
a. Wortlaut	84
aa. Keine Erwähnung der Interessen der Gesellschafter	84
bb. „Wahrung“ der Interessen der Gläubigergesamtheit	84
b. Gesetzgeberische Erwägungen	86
aa. Kein Vorrang der Interessen der Gläubigergesamtheit	86
bb. Gesetzgeberische Zielvorstellung und ihre Bedeutung	87
(1) Grundsätzlich gleichgerichtete Interessen	88
(2) Interessenkonflikt in der Krise	88
(3) Bedeutung	89
cc. Herleitung des abstrakten Rangverhältnisses	90
dd. Kein stetiger Übergang des Pflichtenmaßstabs	91
3. Zusammenfassung	92
IV. Bewertung von Geschäftsleitungsentscheidungen während des rechtshängigen Restrukturierungsverfahrens	92
1. Inanspruchnahme von Restrukturierungsinstrumenten	93
2. Beurteilung von unternehmerischen Entscheidungen	94
a. Entscheidungen unter Sicherheit	94
b. Entscheidungen unter Unsicherheit	95
aa. Fallbeispiele	97
bb. Herleitung einer Modifikation der Erwartungswertberechnung	103
V. Haftung	106

C. Sanierungspriorität und Ermessen der Geschäftsleitung	106
I. Vorrang verfahrensunabhängiger Sanierungsmaßnahmen	107
II. Verhältnis von StaRUG und InsO	109
1. Kein konzeptionelles Rangverhältnis	109
2. Grundsätzlicher Vorrang des StaRUG aufgrund der Bindung an das Interesse der Gesellschafter	110
3. Pflicht zur Inanspruchnahme des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	112
D. Zusammenfassung	113
 Zweites Kapitel: Die Einwirkungsmöglichkeiten der Gesellschafter auf das Restrukturierungsverfahren	 114
A. Einleitung des Restrukturierungsverfahrens	115
I. Keine besondere gesellschaftsrechtliche Kompetenzverteilung für Sanierungsmaßnahmen	115
II. Keine vom Gesellschaftsrecht abweichende Kompetenzzuweisung durch § 1 StaRUG	116
III. Erforderlichkeit von Gesellschafterbeschlüssen im Einzelfall	118
1. Wirkungen der Restrukturierungsanzeige gem. § 31 StaRUG	118
a. Keine Änderung des Gesellschaftszwecks	119
b. Kein Verlust der „übergeordneten Geschäftsführungskompetenz“ der Gesellschafterversammlung	119
c. Pflichtenmodifikation gem. §§ 32, 43 StaRUG	120
aa. Unwirksamkeit von pflichtwidrigen Beschlüssen	122
(1) Streichung der expliziten Unwirksamkeit pflichtwidriger Beschlüsse im Gesetzgebungsverfahren	122
(2) § 43 Abs. 1 S. 1 StaRUG als vorwiegend dem Gläubigerschutz dienende Norm	123
(3) Ergebnis und Rechtsfolge	125
bb. Treuepflicht als Grenze des gesellschaftsrechtlichen Gewährleistungsgehalts	126
(1) Bedeutung	127
(2) Treuepflicht als generelle Schranke der Stimmrechtsausübung	128

(3) Eigen- und uneigennützige Gesellschafterrechte	130
(4) Einordnung des mitgliedschaftlichen Stimmrechts anhand des Beschlussgegenstandes	131
cc. Entsprechung des restrukturierungsrechtlichen Pflichtenmaßstabs	132
(1) Uneigennützige Beschlussgegenstände	132
(2) Eigennützige Beschlussgegenstände	133
dd. Beschränkung des unternehmerischen Ermessensspielraums	136
(1) Bedeutung der Treuepflicht für die konkrete Beschlussfassung	136
(2) Einschränkung des Ermessens durch das Restrukturierungsrecht	138
(a) Inanspruchnahme der Restrukturierungsinstrumente	138
(b) Sonstige Geschäftsentscheidungen	139
ee. Beschränkung der Rechtsstellung der Gesellschaftergesamtheit	140
ff. Kein Beschlusserfordernis aufgrund der Pflichtenmodifikation	141
(1) Tatsächliche Bedeutung der Pflichtenbindung	141
(2) Disposition über das Restrukturierungsverfahren	142
gg. Zusammenfassung und Ergebnis	142
d. Keine Vorwirkung der mittels des Restrukturierungsplans umsetzbaren Maßnahmen	143
aa. Kein Eingriff und keine Gefährdung der Gesellschafterrechte	143
bb. Sonder- und Mehrstimmrechte, Stimmrechtsbeschränkungen	145
2. Restrukturierungsanzeige als „ungewöhnliches Geschäft“	145
a. Kein „ungewöhnliches Geschäft“ aufgrund der Rechtsfolgen einer Anzeige	146

b. Wirtschaftliche Bedeutung des Restrukturierungsverfahrens unter dem StaRUG im Einzelfall	148
aa. Unmittelbar mit der Restrukturierungsanzeige verbundene Kosten	148
bb. Hinzuziehung externer Beratung	150
cc. Zeitpunkt der Einberufungspflicht	151
dd. Ergebnis	152
3. Wille der Gesellschafter	153
4. Gesellschaftsvertragliche Regelungen	154
IV. Mehrheitserfordernisse bei der Beschlussfassung	154
V. Fehlen eines erforderlichen Gesellschafterbeschlusses	155
VI. Zusammenfassung und Ergebnis	157
B. Notwendige Einbeziehung der Gesellschafter nach Anzeige des Restrukturierungsvorhabens	158
I. Überformung des Gesellschaftsrechts durch das Restrukturierungsrecht?	159
1. Einbeziehung der Mitgliedschaftsrechte in das Restrukturierungsplanverfahren	159
2. Beschränkung des Mitgliedschaftsrechts auf dessen vermögensrechtliche Komponente	162
3. Planabstimmungsverfahren	163
4. Vergleich mit dem Insolvenzplanverfahren	164
5. Ergebnis	165
II. Reichweite eines der Anzeige zustimmenden Gesellschafterbeschlusses	166
III. Inanspruchnahme der Restrukturierungsinstrumente	168
1. Stabilisierungsanordnung gem. § 29 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. §§ 49 ff. StaRUG	168
2. Planabstimmungsverfahren, §§ 17 ff. StaRUG bzw. § 29 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. §§ 45 f. StaRUG	169
a. Verfahren	170
b. Vertraglicher Nukleus des Restrukturierungsplans	170
c. Rechtsgeschäftliche Beziehungen im Planabstimmungsverfahren	172
d. Inhalt der Einzelverträge zwischen Schuldner und Planbetroffenen	174
aa. Stellung der Gesellschafter aus gesellschaftsrechtlicher Perspektive	174

bb. Stellung der Gesellschafter aus restrukturierungsrechtlicher Perspektive	175
cc. Ergebnis	176
e. Folgen für die binnengesellschaftliche Kompetenzverteilung	176
3. Vorprüfung, § 46, § 29 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. §§ 47 f. StaRUG	177
4. Planbestätigung, § 29 Abs. 2 Nr. 4 i.V.m. §§ 60 ff. StaRUG	178
a. Kein Beschlusserfordernis im Falle fehlender Planbetroffenheit der Gesellschafter	178
b. Beschlusserfordernis bei Planbetroffenheit der Gesellschafter	179
IV. Sonstige Beschlusserfordernisse	181
V. Mehrheitserfordernisse bei der Beschlussfassung	182
C. Einwirkungsmöglichkeiten der Gesellschafter unabhängig von einer Einbeziehungspflicht	182
I. Weisungsrecht der Gesellschafter	182
II. Abberufung der Geschäftsführung	183
D. Zusammenfassung und Ergebnis	183
 Drittes Kapitel: Treuepflicht als gesellschaftsrechtliche Grenze der Einwirkungsmöglichkeiten	 185
A. Voraussetzungen einer Mitwirkungspflicht bei Sanierungsbeschlüssen	186
I. BGH, Urteil vom 20. März 1995 – II ZR 205/94 („Girmes“)	186
II. BGH, Urteil vom 19. Oktober 2009 – II ZR 240/08 („Sanieren oder Ausscheiden“)	188
III. BGH, Urteil vom 25. Januar 2011 – II ZR 122/09 („Sanieren oder Ausscheiden II“)	190
IV. BGH, Urteil vom 09. Juni 2015 – II ZR 420/13 („Sanieren oder Ausscheiden III“)	191
V. Zusammenfassung	192
B. Konkretisierung und Gegenüberstellung mit der Ausgestaltung des StaRUG	192
I. Sanierungsbedürftigkeit	193
II. Nachhaltiges Sanierungskonzept	193
1. Anforderungen an ein „nachhaltiges Sanierungskonzept“ nach dem BGH	193

2. Gegenüberstellung mit dem Restrukturierungsplan und dem Restrukturierungskonzept	194
a. Restrukturierungsplan	194
b. Restrukturierungskonzept	195
III. Mehrheitlich angestrebte Sanierung?	197
1. Bezugspunkt und Inhalt der treuerechtlichen Pflichtenbindung	197
2. Erforderlichkeit einer qualifizierten Mehrheit für Auflösungsbeschlüsse	200
a. Übertragbarkeit auf Sanierungsverlangen einer qualifizierten Minderheit	200
b. Übertragbarkeit auf Sanierungsverlangen einer nicht-qualifizierten Minderheit	201
3. Rechtssicherheit zum Zeitpunkt der Stimmabgabe	203
4. Ergebnis	206
IV. Keine schonendere Sanierungsalternative	206
1. Anforderungen an das Alternativkonzept nach dem BGH	206
2. Minderheitenschutz gem. § 64 StaRUG	208
a. Mögliche Alternativszenarien i.S.d. § 64 Abs. 1 S. 1 StaRUG	208
b. Keine Beschränkung auf die Vergleichsrechnung nach § 6 Abs. 2 StaRUG	210
c. Beschränkung auf überwiegend wahrscheinliche Alternativszenarien	212
3. Ergebnis	213
V. Zusammenbruch der Gesellschaft unvermeidlich	213
VI. Stellung des einzelnen Gesellschafters günstiger als bei Austritt	214
VII. Keine einschränkende oder modifizierende gesellschaftsvertragliche Regelung	215
VIII. Zwischenergebnis	215
C. Mitwirkungspflicht aufgrund vertikaler Treuepflicht?	216
D. Zeitpunkt der Mitwirkungspflicht	217
E. Gestalt und Reichweite der Mitwirkungspflicht	218
F. Rechtsfolgen treuwidriger Stimmrechtsausübung	218
G. Ergebnis	220
 Zweiter Teil: Zusammenfassung und Ergebnis	 221

Dritter Teil: Richtlinienkonformität der restrukturierungsrechtlichen Pflichtenbindung und des (teilweise) neu justierten Binnenverhältnisses	225
Erstes Kapitel: Die unionsrechtlichen Anforderungen der RRL	225
A. Anforderungen an die Unternehmensleitung gem. Art. 19 RRL	225
I. Anwendungsbereich	226
1. Begriff der Unternehmensleitung	226
2. Sachlicher Anwendungsbereich von Art. 19 RRL	227
II. Qualität der europarechtlichen Vorgabe	229
III. Die grundsätzliche Ausrichtung der Unternehmensleitung nach Art. 19 lit. a) RRL	230
1. Bedeutung der Reihenfolge der explizit genannten Interessenträger	231
2. Die „gebührende Berücksichtigung“ als autonom auszulegender Begriff	232
a. Anwendbarkeit auf das Verhältnis der Interessenträger untereinander	233
b. Begriffsbestimmung	233
3. Folgen des Begriffsverständnisses für die Priorisierung der Interessenträger	234
a. Schuldnerorientierung des präventiven Restrukturierungsrahmens	235
aa. Eigenverwaltung des Schuldners	235
bb. Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten	236
cc. Beteiligung von Justiz- und Verwaltungsbehörden	238
dd. Aussetzung von Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahmen	239
ee. Modalitäten der Planabstimmung und Planbestätigung	241
(1) Mehrheitserfordernisse bei der Planabstimmung	241
(2) Grundsatz der relativen Priorität	242
(3) Kriterium des Gläubigerinteresses	243
(a) Unzureichender Gläubigerschutz bei Liquidation als Vergleichsszenario	244
(b) Nächstbestes Alternativszenario	247

ff. Bedeutung des Restrukturierungsrahmens für die Interessen der Anteilsinhaber	247
gg. Folgen für das unionsrechtliche Verständnis der Geschäftsleiterpflichten	248
b. Interessenausgleich außerhalb des präventiven Restrukturierungsrahmens	250
IV. Pflicht zur Abwendung der Insolvenz nach Art. 19 lit. b) RRL	251
V. Vermeidung der Gefährdung der Bestandsfähigkeit nach Art. 19 lit. c) RRL	252
1. Begriff der Bestandsfähigkeit	252
2. Gefährdung	254
B. Anforderungen an die Stellung der Anteilsinhaber als Organ des Schuldners	255
C. Zusammenfassung	256
 Zweites Kapitel: Die (teilweise) Neujustierung im Lichte der unionsrechtlichen Vorgaben	 257
A. Richtlinienkonformität außerhalb des rechtshängigen Restrukturierungsverfahrens	258
I. Gesellschaftsrechtlicher Schutz von Gläubigerinteressen	258
1. Einzelausprägungen der allgemeinen Geschäftsleiterpflicht	258
a. Überwachungs- und Sanierungspflicht	259
b. Unzulässigkeit bestandsgefährdender Maßnahmen	260
aa. Literatur	261
bb. Rechtsprechung	263
cc. Fazit	265
2. Rechtsstellung der Gesellschafter	266
a. Einwirkungsmöglichkeiten der Gesellschafter	266
aa. Einflussnahme auf die Geschäftsführung	266
bb. Disponibilität der Geschäftsleiterhaftung	267
(1) Einschränkung der Disponibilität nach § 43 Abs. 3 S. 3 GmbHG bzw. analog § 93 Abs. 5 AktG	267
(2) § 1 Abs. 1 StaRUG als Schutzgesetz i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB	269
(3) Fazit	271

b. Grenzen	271
aa. Haftung wegen existenzvernichtenden Eingriffs	271
bb. Existenzgefährdende Weisungen	273
cc. Treuepflicht	275
3. Gesellschaftskapital als Mindesthaftungsfonds	276
4. Ergebnis	277
II. Vorwirkung des insolvenzrechtlichen Gläubigerschutzes	278
1. Insolvenzanfechtungsrecht	278
2. Haftungsbewehrtes Zahlungsverbot gem. § 15b Abs. 5 S. 1 InsO	279
III. Richtlinienkonformität	280
1. Anforderungen an die Geschäftsleitung	281
a. Art. 19 lit. c) RRL	281
b. Art. 19 lit. b) RRL	283
c. Art. 19 lit. a) RRL	284
2. Richtlinienkonformität der Rechtsstellung der Gesellschafter	285
a. Gesellschaftsrechtliche Enthaltensamkeit der RRL	285
b. Weitreichender Ermessensspielraum	286
c. Ergebnis	287
B. Richtlinienkonformität während des rechtshängigen Restrukturierungsverfahrens	288
I. Pflichtenbindung der Geschäftsleitung	288
1. Ausgestaltung des nationalen Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	288
a. Bestellung und Aufgaben des Restrukturierungsbeauftragten	289
b. Stabilisierungsanordnung	291
c. Modalitäten der Planabstimmung und Voraussetzungen der Planbestätigung	293
aa. Mehrheitserfordernisse bei Planabstimmung und Planbestätigung	293
bb. Umsetzung des „Kriteriums des Gläubigerinteresses“	294
cc. Grundsatz der absoluten Priorität	295
d. Gerichtliche Beteiligung im Restrukturierungsverfahren	296
e. Rechtsstellung der Gesellschafter	297

Inhaltsverzeichnis

2. Richtlinienkonformität der nationalen Geschäftsleiterpflichten	298
II. Rechtsstellung der Gesellschafter	300
1. Geschäftsführungsentscheidungen ohne Bezug zum Restrukturierungsverfahren	300
2. Einfluss auf die Durchführung des Restrukturierungsverfahrens	300
a. Bedeutung der Treuepflicht	301
b. „Grundloses“ Verhindern im Sinne der RRL	302
c. Zusammenführung	303
C. Zusammenfassung	305
 Dritter Teil: Zusammenfassung und Ergebnis	 307
 Zusammenfassung in Thesen	 309
 Epilog	 318
 Literaturverzeichnis	 319